Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/4837

04. 03. 76

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Pfeifer, Dr. Gölter, Frau Benedix, Frau Hürland, Dr. Fuchs, Geisenhofer, Dr. Hornhues, Dr.-Ing. Oldenstädt, Dr. Probst, Dr. Schäuble, Schmidt (Wuppertal) und der Fraktion der CDU/CSU – Drucksache 7/4781 –

betr. Informationspolitik des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft und anderer Ministerien in den Schulen

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat mit Schreiben vom 4. März 1976 – MB (Kab/Parl) / Pr – 0104 – 6 – 72/76 – die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen und nach Rückfrage bei anderen Bundesministerien wie folgt beantwortet:

Der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen hat den Kalender „Blick in die DDR" und der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat das Faltblatt „Gesucht, gefunden – ein Platz zum Lernen" an viele Schulen, weitere Bildungseinrichtungen und andere Landesbehörden verschickt, ohne daß diese Verteilung vorher mit den jeweiligen Landesregierungen abgestimmt worden ist.

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat das Faltblatt „Gesucht – Gefunden – ein Platz zum Lernen" nicht, wie in der Kleinen Anfrage behauptet worden ist, an viele Schulen, weitere Bildungseinrichtungen und andere Landesbehörden verschickt, ohne daß diese Verteilung vorher mit den jeweiligen Landesregierungen abgestimmt worden sei. Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft hat unter Beifügung eines Faltblattes alle Kultusminister der Länder um das Einverständnis ersucht, das Faltblatt an den Schulen verteilen zu dürfen. Daraufhin haben die Länder Bayern, Baden-Württemberg, Saarland, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein der Verteilung des Faltblattes an den Schulen ihrer Länder nicht zugestimmt. Eine Verteilung hat dementsprechend nicht stattgefunden. Demgegenüber haben die Länder Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen einer Verteilung zugestimmt, die dann auch vorgenommen wurde. Die Modalitäten der Verteilung des Kalenders „Blick in die DDR" des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen werden unter Punkt 4 dargestellt.

Druck: Thenée Druck KG, 53 Bonn, Tel.: (02221) 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestr. 56, Tel. (02221) 36 35 51

1. Ist es der Bundesregierung bekannt, daß sich der Bundeskanzler auf der Besprechung der Regierungschefs von Bund und Ländern am 25. April 1975 bereit erklärt hat, darauf hinzuwirken, daß sich die Bundesministerien vor der Herausgabe von Informationen an Schulen und über Schulen sowie bei der Durchführung von wissenschaftlichen Untersuchungen, Umfragen und dergleichen an Schulen vorher mit den Landesregierungen abstimmen?

Ja

2. Was hat die Bundesregierung unternommen, damit ein entsprechendes Verfahren von den Bundesministerien beachtet wird?

Die Bundesministerien sind vom Chef des Bundeskanzleramtes über das Ergebnis der Besprechung der Regierungschefs von Bund und Ländern vom 25. April 1975 unterrichtet und gebeten worden, entsprechend zu verfahren.

3. Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß § 74 Abs. 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO I) vom 8. Januar 1958 noch Gültigkeit hat?

Ja

4. Welche Erklärung hat die Bundesregierung dafür, daß die Verteilung des Kalenders „Blick in die DDR" und des Faltblattes „Gesucht, gefunden – ein Platz zum Lernen" an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen ohne vorherige Absprache mit den jeweiligen Landesregierungen und damit ohne Beachtung von § 74 Abs. 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO I) vom 8. Januar 1958 und ohne Beachtung der in Ziffer 1 genannten Erklärung des Bundeskanzlers vom 25. April 1975 erfolgt ist?

Bei der Verteilung des Faltblattes „Gesucht – Gefunden – ein Platz zum Lernen" wurde – wie vor 1. dargelegt – der § 74 Abs. 2 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO I) vom 8. Januar 1958 und die in Nummer 1 genannte Erklärung des Bundeskanzlers vom 25. April 1975 beachtet.

Die Modalitäten der Verteilung des Kalenders „Blick in die DDR" sind vor dem Erscheinen der ersten Ausgabe 1969 im Benehmen mit der Ständigen Konferenz der Kultusminister und mit den Kultusministern der Länder geregelt worden. Dabei war es der übereinstimmende Wunsch aller Kultusministerien, sie nicht mit der Verteilung zu befassen, sondern diese Aufgabe dem Herausgeber anhand der ihm von den Ländern zur Verfügung gestellten Adressen zu überlassen. Die Zusendung aller bisher erschienenen Kalender an die Schulen durch das dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen nachgeordnete Gesamtdeutsche Institut – Bundesanstalt für Gesamtdeutsche Aufgaben – ist daher weder ein Verstoß gegen

GGO I noch gegen die Erklärung des Bundeskanzlers vom 25. April 1975, noch geschah sie ohne vorherige Absprache mit den Ländern. Das Gesamtdeutsche Institut hat sich an dieses seinerzeit von den Kultusministerien gewünschte Verfahren gehalten. Erst 1976 nach Herausgabe und Verteilung des Kalenders „Blick in die DDR" haben einige Bundesländer davon abgehend andere Vorstellungen vorgebracht.

5. Welches Informationsmaterial pädagogischen Inhalts ist darüber hinaus seit 1970 an Schulen sowie Bildungseinrichtungen und anderen Landesbehörden ohne vorherige Vereinbarung mit den jeweiligen Landesregierungen verteilt worden?

Es ist seit 1971 kein Informationsmaterial pädagogischen Inhalts an Schulen sowie Bildungseinrichtungen und andere Landesbehörden ohne vorherige Vereinbarung mit den jeweiligen Landesregierungen verteilt worden. Im Jahre 1970 ist durch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung eine Kurzfassung des „Bildungsbericht '70" u. a. an Schulen verschickt worden.

6. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß der vorbezeichnete Kalender den anderen Teil Deutschlands in Bild und Text in unvertretbarer und unzulässiger Einseitigkeit darstellt und damit ein falsches Bild der tatsächlichen Verhältnisse in der DDR vermittelt?

Die Bundesregierung teilt diese Auffassung nicht. Der Kalender 1976 wurde von unabhängigen Journalisten, die seit zwei Jahren in der DDR leben, verfaßt. Er stellt die komplexen Verhältnisse in der DDR in Wort und Bild vielfältig, differenziert, sachlich und kritisch dar.

Seine Aufgabe ist es, die Diskussion über den Alltag der Menschen in der DDR an unseren Schulen anzuregen und zur kritischen Urteilsbildung beizutragen.

7. Teilt die Bundesregierung die Ansicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, daß der vorbezeichnete Kalender kein geeignetes Unterrichtsmittel ist?

Der Kalender „Blick in die DDR" wurde den Schulen nicht als Unterrichtsmaterial angeboten, sondern als geeignete Informationen zur deutschlandpolitischen und innerdeutschen Thematik.

